

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrück 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Englisch-französische Verärgerung.

England und die Anerkennung Wrangels durch Frankreich.

London, 12. August. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage betreffend die Pariser Meldung, wonach die französische Regierung beschlossen hat, die Regierung des Generals Wrangel anzuerkennen, sagte Lloyd George, er habe diese Meldung mit Überraschung und Besorgnis gelesen. Eine Mitteilung dieser Art sei ihm nicht zugegangen. Er könne kaum annehmen, daß die Meldung korrekt sei, weil er sicher sei, daß Millerand ihm die Absichten der französischen Regierung bekanntgegeben haben würde, wenn sie etwas derartiges beabsichtigte. Ein Vorschlag auf Anerkennung des Generals Wrangel sei auf der Konferenz in Syde nicht gemacht worden. Lloyd George fügte hinzu: Wir beabsichtigen nicht, Wrangel anzuerkennen außer in dem Falle, auf den ich gestern hingewiesen habe.

Französische Pläne auf das Ruhrgebiet?

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, macht sich die französische Sonderpolitik auch noch in anderer Weise als in der eigenartigen Auerkennungsnote für den General Wrangel bemerkbar. Trotz aller offiziellen Dementis werden in dem besetzten Gebiet händlich französische Truppen konzentriert. So sind in den letzten Tagen sowohl in Mainz als auch in Köln französische Truppen gemeldet worden. Auch eine Zusammenziehung luxemburgischer Jäger-Bataillone ist beobachtet worden. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß Frankreich den Versuch eines Durchmarsches durch Deutschland unternimmt wird. Die Truppenansammlungen dürften vielmehr die Vorbereitung der Besetzung des Ruhrgebietes darstellen im Falle politischer Veränderungen im polnischen Korridor.

Ein Einmarsch der Russen in den polnischen Korridor könnte den Franzosen natürlich keinen rechtlichen Grund für eine solche Maßregel geben. Das würde nur durch deutsche Schritte geschehen, die den Versailler Friedensvertrag, der die deutsche Grenze gegen Polen festlegt, verletzen würden. Die Nationalbolschewiken, die von der Wiedereroberung Westpreußens und Polens mit Hilfe Rußlands träumen, müssen deshalb in Verfolg ihrer Politik auch den Krieg mit Frankreich wollen. Dies fürchterliche Unheil gilt es zu verhüten.

Nationalbolschewistische Spekulationen.

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Berliner Lokalanzeiger meldete in einem Teil seiner Ausgabe gestern abend, daß die russische Sowjetregierung sich entschlossen habe, der im Entstehen begriffenen polnischen Mätereierung die Herrschaft über das ganze Land zu verschaffen. Während der rücksichtslose Vormarsch auf Warschau weiter vor sich geht, werden die Verhandlungen in Warschau nach den Grundsätzen fortgeführt werden, nach denen die Entente Deutschland behandelt hat. Mit dem Hinweis auf die berücksichtigten Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland auferlegt wurden, wird jeder Einwand der Entente zurückgewiesen. In ihrem Programm der Friedensverhandlungen mit Polen fordert die Sowjetregierung die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz mit der Entente, die Beseitigung des polnischen Korridors, sowie strenge Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten. — Da der Lokalanzeiger keinerlei Quellen für diese seine Mitteilungen angeben in der Lage ist, so kann man wohl mit Recht annehmen, daß sie auf Kombinationen beruhen, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Bisher liegen jedenfalls keinerlei solche Erklärungen von russischer Seite vor.

Rußland besteht auf der Annahme seiner Bedingungen.

Genf, 12. August. Der Temps meldet aus Warschau: Die polnische Delegation telegraphierte nach Warschau, daß die Russen ihre Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten nicht herabmünderten. Sie erwarten die Zustimmung der polnischen Delegation bis Freitagmorgen 12 Uhr.

Amerika und Rußland.

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Korrespondent in Berliner amerikanischen Kreisen erzählt, ist die amerikanische Note, die als Antwort auf die Anfrage des britischen Botschafters über die Haltung Amerikas in der russischen Frage anzusehen ist, in einem äußerst scharfen Ton gehalten. Sie bedeutet eine strikte Verurteilung der Sowjetregierung. Die

amerikanische Regierung lehnt eine Anerkennung der Sowjetregierung scharf ab, während sie die Lebensnotwendigkeiten des russischen Volkes voll und ganz anerkennt. Sie erklärt, daß, abgesehen von Finnland, Polen und Armenien, das russische Reich seine ungeleitete Existenz behalten müsse. Der politische Eindruck dieser Note ist nur deshalb nicht besonders groß, weil die mangelnde Kenntnis Wilsons über die Verhältnisse im europäischen Osten inzwischen eine allgemeine Binsenwahrheit geworden ist.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, ist der diplomatische Vertreter der Sowjet-Regierung, W. Kopp, gestern wieder in Berlin eingetroffen. Er bringt mit sich die Antwort seiner Regierung auf die deutschen Vorschläge bezgl. der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen. Da der Minister des Auswärtigen zur Zeit noch in der Schweiz weilt, hatte Kopp bisher noch nicht Gelegenheit, diese Vorschläge offiziell im Auswärtigen Amt zu übergeben. Da die einzige Streitfrage lediglich die Genugtuung für die Ermordung des Gesandten Mirbach ist, so besteht begründete Hoffnung, daß sich eine Verständigung in dieser Frage erzielen läßt und die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen in Kürze erfolgen kann.

Wiederaufnahme der Arbeit in Memel.

Memel, 13. August. Nachdem der französische Gouverneur den streikenden Arbeitern die Rückkehr der drei im Juni ausgewiesenen Agitatoren, ferner die Einstellung einer Untersuchung gegen den Polizeidirektor Voigt und Straßlosigkeit der Führer der Streikbewegung angedeutet hatte, ist am Donnerstagnachmittag die Arbeit größtenteils wieder aufgenommen worden.

Der Streik im Saargebiet.

Saarbrücken, 12. August. (TL.) Ein Beschluß der Bergarbeiter fordert die unverzügliche Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem Saargebiet. In Saarbrücken und Saarburg sieht man zahlreiche schwarze Truppen mit aufgeflogenen Bajonetten auf der Straße. — Bei einer Streik im Walde von Saarbrücken wurden 60 Eisenbahner verhaftet, die sich weigerten, die Arbeit wieder aufzunehmen und erklärten, nur der deutschen Regierung gehorchen zu wollen. Die Sitzungen des Kriegengerichts beginnen heute.

Ludwigshafen, 12. August. Die Pflanzische Post berichtet über den Beamtenstreik im Saargebiet, daß zwischen der Hauptstreikleitung und der Regierungskommission in Saarbrücken mündliche Verhandlungen stattgefunden haben. Der Präsident der Saargegierung, Kaoult, gestand den Beamten das politische Koalitionsrecht zu, jedoch dürfen keine alldeutschen Verbindungen in Frage kommen. Generalsekretär Maurice gestattete den Unterbeamten, Mitglieder der bisherigen Organisationen zu bleiben unter der Bedingung, daß damit keine politischen Ziele verfolgt werden. Ueber weitere Zusagen wird noch verhandelt. Die Hauptstreikleitung erließ eine Kundgebung, in der feierlich verkündet wird, daß die Bewegung keine politische Tendenz verfolge, sondern ein rein sachlicher Kampf um die politische und persönliche Freiheit und die Rechte der Beamten sei. Bis jetzt ist eine Aussicht auf baldige Beilegung der Differenzen nicht vorhanden.

Nach einer Havasmeldung aus Mainz hat der Kommandierende General einen Anschlag veröffentlicht, nach dem in Anbetracht der tadellosen Haltung der Bevölkerung des Saargebietes der Pflanzwang aufgehoben und der Straßenverkehr bis nachts 12 Uhr freigegeben wird. Die Zeitungen können unter Vorzensur erscheinen.

Paris, 12. August. (TL.) Der Matin vernimmt aus Straßburg: In den letzten Tagen seien Hunderte von Menschen, die an der „Verschwörung“ im Saarbecken beteiligt sind, verhaftet worden. Sie wurden gruppenweise aus dem Saargebiet verbannt. Die militärischen Stellen haben ihre Maßregeln verschärft. Die Grubenarbeiter und andre Gewerkschaften haben sich dem Streik angeschlossen.

Die englischen Eisenbahner gegen den Krieg.

London, 13. August. (TL.) Die englischen Eisenbahnaufsicher haben dem englischen Premierminister eine Entschuldig zugehen lassen, daß das gesamte Personal der Eisenbahn die Arbeit sofort einstellen werde, sobald das Ministerium einen neuen Krieg beschließt.

Selbständige Betriebsräteorganisation oder Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften?

Von Robert Dilmann.

II.

Doch die Betriebsräte dürfen nicht stehenbleiben bei den Aufgaben, die das Betriebsrätegesetz ihnen zuweist. Ueber den Rahmen des B. N. G. hinaus sind es revolutionäre Aufgaben, die sie erfüllen müssen. Die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung einer sozialistischen Wirtschaft sind ein Ziel, dem alle Kräfte gewidmet werden müssen. Und in der Vorarbeit, auf dem Wege zu diesem Ziel sind es die Betriebsräte, die wichtige Arbeit leisten können und müssen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sagt in den angenehmen Richtlinien zur Zusammenfassung der Betriebsräte seiner Organisation u. a.:

„Wir fordern das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabfah usw. als Vorstufe des zu erkämpfenden alleinigen Bestimmungsrechtes der Schaffenden.“

Auf ähnliche Aufgaben weist die Entschlieung einer aus allen Teilen Deutschlands besetzten Konferenz von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und der Afa (freie Angestelltenverbände) hin.

Diese revolutionären Aufgaben der Betriebsräte können jedoch wiederum nicht ohne die Gewerkschaften gelöst werden. Grundfalsch ist es, wenn die Vertreter der Betriebsrätezentrale immer wieder hervorheben: „diese revolutionären Aufgaben der Betriebsräte gehen über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus und können von diesen nicht gelöst werden, sondern dazu bedarf es einer selbständigen Betriebsräteorganisation.“ Wer sind denn die Träger des Wirtschaftsprojektes? Das sind die breiten Arbeitermassen in Stadt und Land, Hand- und Kopsarbeiter, die heute von den Gewerkschaften erfasst werden. Der A. D. G. B. zählt heute 8 1/2 Millionen Mitglieder, die Afa über 700 000. Wie will man diese gewaltigen wirtschaftlichen Kampforganisationen in denen das Proletariat in fester organisatorischer Zusammenfassung vereint ist, einfach ausschalten, um dafür als neues Uebergebilde eine selbständige Betriebsräteorganisation zu schaffen. Also nicht die natürlichen Träger des Wirtschaftslebens, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, sondern eine Organisation der Vertrauensleute der Arbeiter soll die Umgestaltung zum sozialistischen Produktionsprozeß vollziehen. Ein unsinniger Gedanke!

Doch nun kommt der Einwand: Die freien Gewerkschaften sind konterrevolutionär, reaktionär, gehören den Arbeitsgemeinschaften an und Karl Legien steht an ihrer Spitze, der die Betriebsräte zu Werkzeugen der Arbeitsgemeinschaft machen will. Wir kämpfen gegen die Arbeitsgemeinschaften und der Metallarbeiterverband lehnt sie ab. Doch wenn Karl Legien im Kampf der Räte dauernd als schwarzer Mann hingestellt wird und mit ihm die freien Gewerkschaften in dieser Form abgetan werden, so wirkt das nachgerade lächerlich. Gehirnsinhalt, Wesen und Politik der Gewerkschaften und ihrer Führer werden doch letzten Endes von den Gewerkschaftsmitgliedern selbst bestimmt. Die Revolutionierung der Gewerkschaften aber ist in erster Linie eine Revolutionierung des Geistes. Ist dieser geistige Umstellungsprozeß der Gewerkschaftsmitglieder vollzogen, stehen letztere in ihrer großen Mehrzahl als klar denkende Sozialisten auf revolutionärem Kampfesboden, dann ist diese Schlacht gewonnen.

Lehnt aber die Betriebsrätezentrale den A. D. G. B. und die Afa als „konterrevolutionär“ ab, wie kommt man denn dazu, auf der anderen Seite die selbständige Betriebsräteorganisation als eine Unterlunft für alle Revolutionäre zu preisen? Man sehe sich doch eine solche buntschneidige Musterkarte einmal an: KAWD, KVD, USV, SPD, Zentralkler, Demokraten, Unionisten, freie Gewerkschaftler, Christliche, Hirsch-Dunckerische, Unorganisierte und Gesellige sollen eine „geschlossene revolutionäre Einheitsfront“ bilden, wenn sie vom Zauberstabe der Betriebsrätezentrale beirrhrt werden. Wer soll den Unsinn glauben?

Fassen wir die Betriebsräte im A. D. G. B. und der Afa zusammen, so nennt dies die Betriebsrätezentrale einen „Berrat an der Revolution“, paktiert sie aber mit den Unionisten, Christlichen, Hirsch-Dunckerischen und aebb angehauchten, so ist das „revolutionär“.